



Sachanträge

Bezirksdelegiertentag 2017

Sachanträge zum BDT 2017

Kreisverband Lingen

(Antrags-Nr. 1)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Beschränkung der Bundestagsmandate, durch die Einführung eines Grabenwahlrechts.

Begründung:

Die Beschränkung der Bundestagsmandate ist spätestens seit der Wahl vom 24. September offensichtlich geworden, da der 19. Deutsche Bundestag mit 709 Sitzen, 111 Mandate mehr hat als die Mindestanzahl von 598 Mandaten. Dies ist durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2008 hervorgerufen worden, welches das negative Stimmgewicht für verfassungswidrig erklärt hat. Eine Neuregelung ist bislang nicht erfolgt, wodurch nun alle Überhangmandate ausgeglichen werden müssen, was zu einer Aufblähung des Bundestages führt. Um dieses Problem ein für alle Male aus dem Weg zu schaffen bietet sich die Einführung eines Grabenwahlrechts an, da dieses unserem personalisiertem Verhältniswahlrechts am ähnlichsten ist. Ein Grabenwahlrecht führt dazu, dass die Direktmandate (Erststimmen) von der Parteienwahl (Zweitstimme) getrennt werden. Dies würde bedeuten, dass die eine Hälfte des Bundestages durch ein Mehrheitswahlrecht (First-past-the-post) und die andere Hälfte durch ein Verhältniswahlrecht gewählt würde. Diese Regelung würde sich zudem anbieten, da der Stimmzettel derselbe wäre und somit der Wähler nicht unnötig verwirrt würde, zumal sie wesentlich einfacher zu erklären ist, als die derzeitige. Ein weiteres Argument, kann sein, dass nun die Koalitionswahl erleichtert wird, da eine Zweitstimmenwahl, nicht zwingend zu einer Veränderung des Proporztes führt.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Kreisverband Aschendorf-Hümmling

(Antrags-Nr. 2)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landesregierung auf nicht nur die Investitionen in Landesstraßen zu erhöhen sondern auch verstärkt in Radwege zu investieren.“

Sachanträge zum BDT 2017

Begründung:

„Nur knapp 4500 km der rund 8000 km Landesstraßen haben bislang einen Straßen begleitenden Radweg. Im Jahr 2016 sah der niedersächsische Haushalt lediglich 5 Millionen Euro für Neubau und 6 Millionen Euro für die Sanierung bestehender Radwege vor. Dem gegenüber steht das Radwegekonzept 2016 für Landesstraßen, welches allein für die 144 Projekte mit Status „vordringlich“ eine Investitionssumme von 100 000 Euro vorsieht.

Niedersachsen ist Fahrradland – bereits heute macht der Fahrradverkehr 15% vom Gesamtverkehr aus. Zudem ist Niedersachsen besonders bei Fahrradtouristen beliebt. Auch der Bezirksverband Osnabrück–Emsland profitiert vom Fahrradtourismus. Allein das Emsland verbucht mittlerweile jährlich ca. 2 Millionen Übernachtungen in Ferienunterkünften, von denen ein Großteil dem Fahrradtourismus zuzurechnen ist. Damit Niedersachsen und unsere Region aber auch in Zukunft beliebtes Fahrradland und -region bleiben, bedarf es einem stetigen Ausbau und Erhalt der Infrastruktur. Daher muss auch das Land wesentlich stärker investieren.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Aschendorf–Hümmling (Antrags-Nr. 3)

„Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert den Ausbau und die Förderung flexibler Car Sharing-Modelle insbesondere im ländlichen Raum.“

Begründung:

„Mobilität und Flexibilität werden in unserer modernen Gesellschaft in allen Bereichen vorausgesetzt. Gerade im ländlichen Raum gestaltet sich dieses jedoch besonders für Arbeitnehmer häufig schwierig. So ist der ÖPNV nicht flächendeckend ausgebaut. Vorhandene Verbindungen sind zudem meist unflexibel und langsam. Ein Ausbau des ÖPNV in allen Gebieten ist jedoch mit hohen Kosten verbunden und nicht rentabel. Damit bleibt sowohl für den Weg zur Arbeit als auch im Privaten häufig nur der PKW. Dessen Anschaffungs- und Unterhaltskosten sind jedoch hoch, sodass gerade Auszubildende oder Geringverdiener vor einem großen Problem stehen. Insbesondere wird ein PKW teilweise nur zeitweise für den Weg zur Berufsschule oder den wöchentlichen Einkauf benötigt.

Sachanträge zum BDT 2017

In diesen Fällen ist gerade im ländlichen Raum der Einsatz flexibler Car Sharing-Modelle prädestiniert. So können die Fahrzeuge flexibel und punktuell genutzt werden. Außerdem muss der Fahrer die Anschaffungs- und Unterhaltskosten nicht alleine tragen, sondern leistet seinen Beitrag dazu durch die Fahrtgebühren. Um derartige Modelle zu realisieren und spezielle Konzepte für den ländlichen Raum zu entwickeln, brauchen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, Arbeitgebern und Car Sharing-Unternehmen. Die Konzepte müssen eine größtmögliche Versorgung auf der einen Seite und eine rentable Auslastung der Fahrzeuge auf der anderen Seite garantieren.

Nur so können wir auch im ländlichen Raum durch Flexibilität und Mobilität zukunftsfähig bleiben.“

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Aschendorf-Hümmling (Antrags-Nr. 4)

„Die Junge Union Niedersachsen fordert umfangreiche Investitionen in die Sanierung der Landesstraßen“

Begründung:

„Eine gute Infrastruktur der Landesstraßen ist besonders in einem Flächenland wie Niedersachsen essentiell, nicht nur um die Leistungsfähigkeit der vielen mittelständischen Unternehmen zu stärken. Auch eine zuverlässige Anbindung an die Bundesfernstraßen ist sowohl für Privatleute als auch Unternehmen von großer Bedeutung. Seit 2010 hat sich ein Investitionsstau von über 250 Millionen Euro angesammelt. Seit Übernahme der Rot-Grünen Regierung wurde bei der Sanierung und dem Ausbau von Landesstraßen wenig bis gar nichts erreicht. Zwar versprach der Verkehrsminister jährliche Investitionen von 85 Millionen Euro; Diese waren allerdings laut Haushaltsplanungen 2015 und 2016 in dieser Höhe nicht eingeplant (lediglich 70 Millionen). Mit fatalen Folgen – rund ein Sechstel des niedersächsischen Landstraßennetzes befindet sich in einem schlechten Zustand. Innerorts sind es sogar 39,8 %. Der Investitionsstau muss also endlich abgearbeitet werden und massiv in den Ausbau unserer Straßen investiert werden.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2017

Kreisverband Osnabrück-Land (Antrags-Nr. 5)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, mehr Pflegepersonal in Gesundheitseinrichtungen einzustellen, das Lohnniveau zu erhöhen sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um so den Beruf attraktiver zu gestalten.“

Begründung:

„Gerade in Nachtschichten wird der Personalmangel sichtbar: Teilweise muss sich eine Pflegekraft um eine Vielzahl an Patienten kümmern. Die ausreichende medizinisch-pflegerische Versorgung im Krankenhaus ist so nicht gewährleistet, auch unter Betrachtung des Faktes der steigenden Patientenzahlen und dem zunehmenden gerontologischen Anteil der Patienten. Dem Personalmangel muss entgegengewirkt werden, indem der Beruf attraktiver gestaltet wird.“

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 6)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Schaffung einer Einrichtung für die Kurzzeitpflege von behinderten Kindern.

Begründung:

Eltern investieren einen riesigen Zeitaufwand in die Pflege ihrer behinderten Kindern. Neben der psychischen Belastung gilt es eine Entlastung auf physischer Ebene zu schaffen. Oftmals müssen Elternteile auch beruflich kürzer treten. Daher macht sich die JU-OS-EL für die flächendeckende Schaffung eines Kurzzeitpflegeangebotes stark, dass es Eltern ermöglicht, zumindest phasenweise Entlastung zu erfahren.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Sachanträge zum BDT 2017

Kreisverband Lingen

(Antrags-Nr. 7)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert ein Verbot von Mikroplastik für Gebrauchszwecke.

Begründung:

Mikroplastik sind Kunststoffteilchen, die kleiner als fünf Millimeter sind. Dabei wird unterschieden ob diese bewusst für Gebrauchszwecke oder durch den Zerfall von Kunststoffprodukten entstehen. Insbesondere die Kosmetikindustrie verwendet bewusst Mikroplastik als Schleifmittel, Filmbildner und Füllstoff oder in flüssiger Form als Bindemittel. Das Problem von Mikroplastik ist, dass es zu klein für die Kläranlagen ist und somit nicht herausgefiltert werden kann. Es gelangt somit in den Wasserkreislauf. Daher ist ein Problem, dass Mikroplastik ins Trinkwasser und durch Tiere in die Nahrungskette gelangt. Unterdessen hat, neben Umweltorganisationen, auch das deutsche Umweltbundesamt vor „Risiken für Umwelt und Gewässer durch die Verwendung von Plastikpartikeln in Hautcremes, Peelings, Duschgels und Shampoos“ gewarnt.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Aschendorf-Hümmling

(Antrags-Nr. 8)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landesregierung auf, Mobbing an niedersächsischen Schulen stärker zu bekämpfen und Präventionsmaßnahmen in Form von Seminaren zum Thema Selbstbewusstseinsstärkung an unseren Schulen einzuführen, sowie das Thema stärker in die Lehrerausbildung zu integrieren.“

Begründung:

„Mobbing gehört heute an vielen Schulen zum Alltag. Eine im Frühjahr 2017 veröffentlichte PISA Studie der OECD zum Thema Mobbing zeigt, dass in Deutschland in jeder zweiten Klasse ein Kind körperlich bedroht und geschlagen wird. Bis zu 9% der befragten Schüler gaben an, regelmäßig lächerlich gemacht oder ausgeschlossen zu werden.

Zwar liegen die Zahlen für Deutschland grundsätzlich unterm OECD-Durchschnitt, allerdings ist jedes Kind, dass sich gemobbt fühlt, eins zu viel. Mobbing tritt der

Sachanträge zum BDT 2017

Umfrage zu Folge in vielen Formen auf, wobei am häufigsten das gezielte Ausschließen aus Gruppen, öffentliches Lächerlich machen oder das Verbreiten von Gerüchten am stärksten verbreitet sind.

Schulsozialarbeit und Sozialkompetenzen müssen in Zukunft viel stärker im Unterricht thematisiert werden. Gerade vor dem Hintergrund wachsender Anonymität im Internet und gesunkener Hemmschwellen, ist es wichtig Schüler frühzeitig zu sensibilisieren.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 9)

„Die Junge Union möge sich dafür aussprechen, eine Einstellungsgarantie für Lehramtsanwärter für nicht sinnvoll zu erklären.“

Begründung:

„Eine Einstellungsgarantie stellt eine Wettbewerbsverzerrung anderen Bundesländern und der Wirtschaft gegenüber dar. Die einzige Voraussetzung ist mit „bestehen“ gekennzeichnet. Ein Studium was mit einer Einstellungsgarantie endet, motiviert zu keinen guten Leistungen. Der Lehrermangel ist ein finanzpolitisches Problem und sollte vielmehr auf anderen Wegen bekämpft werden. Universitätsabsolventen sollten motiviert werden gute Leistungen zu erbringen und motiviert am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.“

Votum der Antragskommission: Annahme

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, keine eine Einstellungsgarantie für Lehramtsanwärter einzuführen.“

Kreisverband Osnabrück-Stadt (Antrags-Nr. 10)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die vertiefende Aufnahme des historischen Zeitabschnitts 1949 – 1990 (in Bezug auf die Teilung Deutschlands in BRD und DDR) in die Kerncurricula für die Fächer Geschichte und Politik.

Sachanträge zum BDT 2017

Begründung:

Die Zeit zwischen 1949–1990 muss ein verbindliches Element im Geschichtsunterricht werden. Insbesondere die Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands, wie auch der Unrechtsstaat DDR müssen verstärkt thematisiert werden. Auch wenn diese Epoche bereits im niedersächsischen Curriculum verankert ist, findet sie kaum Raum im Geschichtsunterricht.

Viele Schüler haben wenig Kenntnisse über die Zeit, in welcher Deutschland geteilt war und die (politische) Situation in der DDR. Dies führt dazu, dass ein Nährboden geschaffen wird für die sogenannte „Ostalgie“.

Geschichte prägt unser Handeln in der Gegenwart und bildet unsere Identität mit. Im Geschichtsunterricht muss deshalb auch die jüngste Geschichte Deutschlands thematisiert werden, um zu verhindern das sie weder verfälscht, oder eben auch überhaupt nicht in das kollektive Gedächtnis der jüngeren Generation eingeht.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 11)

„Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert, das sämtliche öffentlichen Schulen in Niedersachsen mit der deutschen, europäischen und niedersächsischen Flagge beflaggt werden.“

Begründung:

„Öffentliche Gebäude sollten, wie auch in anderen Ländern üblich, beflaggt werden.“

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 12)

„Die Junge Union möchte sich dafür aussprechen, dass das Land Hilfen und Anreize für die Ansiedlung von Belegärzten stellt. Vor allem urologische Belegärzte im Bezirk Osnabrück–Emsland sind Mangelware.“

Sachanträge zum BDT 2017

Begründung:

„Nordhorn (Euregio Klinik) und Meppen (Ludmillenstift) verfügen über keinen urologischen Belegarzt. Urologische Notfälle (beispielsweise Harnverhalt) sind schmerzhaft und zeitkritisch für Patienten. Seit über einem Jahr müssen Notfälle aus der gesamten Grafschaft Bentheim ins Bonifatius Hospital nach Lingen gebracht werden. Tagsüber können diese Patienten in urologischen Praxen innerhalb der Grafschaft behandelt werden. Nachts werden diese mit Rettungswagen nach Lingen gebracht. Dadurch entstehen dem Gesundheitssystem allgemein hohe Kosten durch den Transport und zusätzlich werden Rettungsmittel für einen Krankentransport gebunden.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 13)
--

„Die Junge Union möge sich dafür einsetzen, dass alle im Bezirk befindlichen Landkreise die vorhandene Wasserrettung einer Überprüfung unterziehen. Sollte die Wasserrettung von einer Hilfsorganisation betrieben werden, sollen abrechnungsrelevante Vertragsbeziehungen untersucht werden. Liegt der Fall vor, dass eine Hilfsorganisation die Wasserrettung ohne Kostenausgleiche durchführt, sollen hier Übereinkünfte getroffen werden.“

Begründung:

„Das niedersächsische Rettungsdienstgesetz beauftragt die Landkreise mit dem Rettungsdienst, der zu Land, auf dem Wasser und in Bergen durchzuführen ist. Landgebundene Rettungsdienste werden oftmals von Hilfsorganisationen (wie DRK oder Malteser) durchgeführt und werden mit den Krankenkassen abgerechnet. Oftmals wird die Wasserrettung (wie in der Grafschaft Bentheim und im Altkreis Lingen) von der DLRG durchgeführt. In beiden Fällen gibt es keinerlei Absprachen zur Kostenübernahme bei Einsätzen. Wird also eine Person im Wasser gesichtet, alarmiert die Rettungsleitstelle des Landkreises die DLRG. Alle dann entstandenen Kosten (wie Verdienstaufschlag, Benzinkosten, Materialkosten etc.) muss die DLRG selbst tragen.“

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 14)

„Die Junge Union möge sich dafür aussprechen, die Tagesverfügbarkeiten der Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen zu überprüfen und bei Nichterfüllung in Absprache mit Feuerwehrvertretern neu zu regeln.“

Begründung:

„Die Freiwilligen Feuerwehren sind in unserem Bundesland eine nicht ersetzbare Stütze der öffentlichen Sicherheit. Jedoch geraten die Wehren zunehmend unter Druck, indem Feuerwehrfrauen und -männer beruflich bedingt nicht am Heimatort vorzufinden sind. Auch doppelte Mitgliedschaften können nicht die alleinige Reaktion sein. Diese bürgen den ehrenamtlichen Kräften zusätzliche Einweisungen und Fortbildungen auf. Die Sollstärken sind nachts in der Regel zu erreichen, tagsüber sind oftmals nicht genug Kräfte vor Ort.“

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Kreisverband Osnabrück-Land (Antrags-Nr. 15)

„Der Kreisverband der Jungen Union Osnabrück-Land fordert, dass angegebene Zahlen und Prozentangaben, z. B. Anteile der Breitbandversorgung im Bezirk, im Leitantrag nur mit Angabe der Quellen aufgeführt werden dürfen.“

Begründung:

„Die Nachvollziehbarkeit ist für Außenstehende ansonsten schwierig. Zudem trägt es zur Validität des Leitantrages entscheidend bei.“

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, dass angegebene Zahlen und Prozentangaben, z. B. Anteile der Breitbandversorgung im Bezirk, im Leitantrag möglichst mit Angabe der Quellen aufgeführt werden.“

Sachanträge zum BDT 2017

Kreisverband Meppen
(Antrags-Nr. 16)

„Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland wird in Zukunft bei ihren Leitanträgen entscheidende Zahlen mit Quellen belegen.“

Begründung:

„Aussagen wie im aktuellen Leitantrag („fast jeder zweite Arbeitsplatz könnte innerhalb von zwei Jahrzehnten wegfallen, Z.21f.) gewinnen an Stärke und Seriosität, wenn diese belegt sind. “

Votum der Antragskommission: Erledigt durch 15